

Liebe Bremer Grüne!

Wir stehen am Ende einer Legislatur und blicken zurück auf viele gute Initiativen und kontroverse Entscheidungen. Unser Wahlprogramm haben wir – wie die über 600 Kommentare und mehr als 200 Änderungsanträge zeigen – intensiv diskutiert. Mit dem Ergebnis zeigen wir klar und deutlich auf, wohin wir mit Bremen und Bremerhaven wollen. In Kenntnis der nicht leichter werdenden Bedingungen kämpfen wir um eine langfristige gute Aufstellung Bremens. Ich bin überzeugt, sie kann gelingen, wenn wir die Fachpolitiken besser miteinander verzahnen, Ressourcen gerechter verteilen und alle verfügbaren Potenziale in Bremen einbeziehen.

Hochschulpolitik ist Bildungs- ist Jugend- ist Arbeitsmarkt- ist Integrationspolitik

Mit dem Hochschulplan 2020 wurden einige der aktuellen hochschulpolitischen Fragen beantwortet. Ideen für eine zukünftige Aufstellung des Hochschul- und Bildungsstandortes liefert er allerdings nicht. Auch berücksichtigt er nicht, dass Hochschulen nicht nur exzellente Forschungsorte sind. Sie sind auch Ausbildungsorte, Lebensraum für immer jüngere, zunehmend minderjährige, Jugendliche und Arbeitsplatz für viele Tausend MitarbeiterInnen. Wir müssen daher noch immer Antworten finden auf die Fragen: Wie kann eine Reform der Studienbedingungen gelingen? Wie gestalten wir Hochschulen als jugendgerechten Bildungsort? Wie unterbinden wir prekäre Beschäftigung? Und angesichts der hohen Abwanderungsquoten: Wie halten wir die gut ausgebildeten jungen - auch internationalen - AbsolventInnen in Bremen, wie schaffen wir bessere Übergänge von Hochschule in Beruf, eine engere und langfristige Bindung an die Stadtgesellschaft?

Geschlechterpolitik ist Politik für alle

Ressourcen gerechter verteilen heißt, verschiedene Perspektiven einnehmen und genau hinsehen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf wen haben. In Neudeutsch heißt das Gender Mainstreaming und Budgeting: beides findet in Bremen faktisch nicht statt. Dabei zeigen die skandinavischen Länder oder auch Südafrika, dass so öffentliche Mittel sparsamer und (ziel)gerechter eingesetzt werden können. Die „Geschlechterbrille“ nützt allen, denn sie hilft Notwendiges von Unnützem zu unterscheiden und sorgt ebenso für mehr politische Teilhabe. Sie fördert eine politische Kultur, in der nicht nur diejenigen Gehör finden, die über ausreichend viel Zeit verfügen, laut und durchsetzungsfähig genug sind. Aus all diesen Gründen müssen wir gerade der Geschlechterpolitik neuen Schwung verleihen. Und auch: Weil wir der Altertümlichkeit von AfD, HoGeSa & Co unser Bild einer modernen Gesellschaft entgegenstellen müssen, in der gleiche Rechte für alle und Berücksichtigung aller zentral sind.

Politik für Bremen ist Bundespolitik ist Europapolitik

Für eine humane Flüchtlingspolitik, die stärkere Berücksichtigung von Menschenrechten in Bremer Wirtschaftsbeziehungen oder auch die attraktive Verankerung Bremens im Europäischen Hochschulraum braucht es eine enge grüne Vernetzung Bremens im Bund und europapolitische Kompetenz. Beides möchte ich, ebenso wie meine Erfahrungen als Landesvorstandssprecherin und Beirätin in Mitte, in unsere Bürgerschaftsfraktion einbringen.

Dafür bitte ich um Eurer Vertrauen und Eure Unterstützung.
Eure



*Henrike Müller
KV Mitte/Östliche Vorstadt*

*Geb. 1975 in Dessau
Politikwissenschaftlerin
(Dr. rer. pol)*

Engagement für B'90/Die Grünen

Landesvorstandssprecherin

*Mitglied Beirat-Mitte,
Fraktionssprecherin
Sprecherin des
Ausschusses für
Bürgerbeteiligung
Mitglied im Ausschuss
für Bau und Verkehr*

*Mitglied im
Begleitausschuss des
Lokalen Aktionsplan gegen
Diskriminierung*

*Mitglied der LAG'en
Demokratie+Recht
Frauen, Europa und Queer*

Mitgliedschaften und Engagement

*Vorstandsmitglied des
Zentrum für Gender Studies*

*Beiratsmitglied des
EuropaPunktBremen*

*Geschäftsführerin der
Europa-Union,
Landesverband HB*

*Unterstützerin von
Adopt a Revolution,
Aktion Sühnzeichen,
Pro Asyl und DIG Bremen*

Henrike